

Donnerstag, 8. Februar 2018 | Nr. 32 | AZ 8820 Wädenswil | Fr. 3.70 | www.zsz.ch

Zürichsee-Zeitung

ZRZ
 Zürcher Regionalzeitungen

Bezirk Horgen



Sauberkeit: unsere stärkste Seite.

 POLY-RAPID AG c/o Kappeler Reinigungen AG
 www.poly-rapid.ch, Tel. 044 725 77 11

POLYRAPID.
 SAUBERE ARBEIT

Oberrieden muss trumpfen

 Oberrieden sucht die besten Jasser, um sich für den «Donnstag-Jass» zu qualifizieren. **SEITE 2**

Wädenswiler Fasnachtsblatt

 Ab heute ist der «Gemeine Anläger vom Zürichsee» im Verkauf. **SEITE 5**

Träumen von einer Medaille

 In Pyeongchang gehört der vierfache Olympiasieger Simon Ammann nicht zu den Favoriten. **SEITE 27**


Wassergesetz dürfte ein Fall für das Bundesgericht werden

SEEUFERWEG Sollte das Wassergesetz vom Zürcher Kantonsrat verabschiedet werden, zieht der Verein «Ja zum Seeuferweg» wohl vor Bundesgericht. Der Verein sieht den durchgehenden Seeuferweg in Gefahr.

Vergeblich versuchte die linke Seite des Zürcher Kantonsrats zu verhindern, dass Grundstückbesitzer am Zürichsee stärker geschützt werden. Die Änderungen im Wassergesetz wurden von der bürgerlichen Seite vorgegeben, im Rat war die Linke überstimmt. Nicht einmal SVP-Regierungspräsident Markus Kägi konnte die Parlamentarier davon überzeugen, dass der Passus zum Konzessionsland auf Zürcher Boden unnötig ist. Noch steht eine zweite Lesung bevor, doch die Machtverhältnisse dürften sich kaum ändern.

«Müssen» vor Bundesgericht

Darum droht das Wassergesetz jetzt zu einem Fall für das Bundesgericht zu werden. Der Verein «Ja zum Seeuferweg» gibt auf seiner Website Folgendes bekannt: «Verabschiedet der Rat das neue Wassergesetz bezüglich Seeuferweg in der heutigen Form, werden wir einmal mehr ans Bundesgericht gelangen müssen.» Einmal mehr, weil der Verein schon gegen eine Formulierung im Strassengesetz das Bundesgericht angerufen hatte. Damals hatte die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat festgelegt, dass es auf dem Konzessionsland am Zürichsee nicht zu Enteignungen kommen darf. Das Bundesgericht gab den Gegnern recht.

Über eine parlamentarische Initiative bezüglich Enteignungen soll jetzt eine weniger harte Formulierung verankert werden. Enteignungen im öffentlichen Interesse dürften nur noch durchgeführt werden, wenn eine andere Wegführung kaum mög-

lich ist. Diese Initiative des Stäfers Peter Vollenweider (FDP) ist zurzeit noch hängig.

Doch zurück zum Wassergesetz. Für Julia Gerber Rüegg, Präsidentin des Vereins «Ja zum Seeuferweg», ist das neue Gesetz «alter Wein in neuen Schläuchen». Denn in Paragraph 10c hätten die Bürgerlichen das Enteignungsverbot einfach wieder eingeführt,

sagt die langjährige SP-Kantonsrätin. Der Paragraph dreht sich um die Frage der nachträglichen Nutzungsbeschränkung gegen den Willen des Eigentümers. Diese wäre nur zulässig, wenn dem Grundbesitzer der volle Wertverlust ausgeglichen werde, diese der Wahrung der öffentlichen Interessen diene und nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand vermieden werden könne.

Für Gerber Rüegg ist die «nachträgliche Nutzungsbeschränkung» eine Umschreibung für ein Enteignungsverbot. Der Gang vor

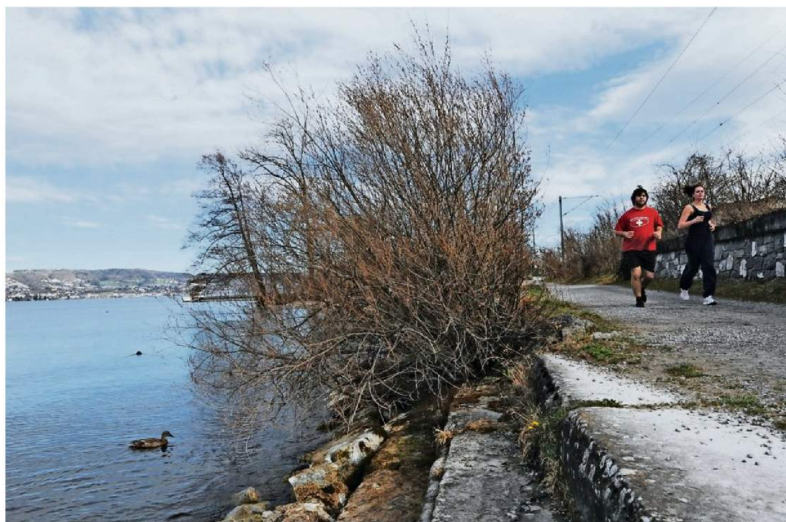
Bundesgericht würde also aus denselben Gründen erfolgen wie beim Strassengesetz.

Initiativen zurückgezogen

Die Präsidentin des Vereins «Ja zum Seeuferweg» erinnert daran, dass zwei Volksinitiativen zurückgezogen wurden, weil man im Kantonsrat eine Lösung finden wollte, um den Seeuferweg zu realisieren. Mit den bürgerlichen Vorstössen sei der durchgehende Weg nicht mehr möglich. «Wir sind gegenüber den Personen verpflichtet, welche die Initiati-

ven unterschrieben haben», sagt Julia Gerber Rüegg. Das waren immerhin fast 14 000.

Der Verein suche den Gang vor Bundesgericht nicht. Doch die Bürgerlichen «zwängen» ihn dazu. «Öffentliche Interessen werden hintangestellt, so die Präsidentin, «diese Masslosigkeit und Gier empören mich.» Sie hofft noch auf ein Umdenken im Kantonsrat vor der zweiten Lesung des Wassergesetzes. Sonst wird über Paragraph 10 bald am Bundesgericht diskutiert.

Pascal Jäggi


Ein durchgehender Seeuferweg ist gemäss dem Verein «Ja zum Seeuferweg» mit dem geänderten Wassergesetz nicht mehr möglich.

Archivfoto: Reto Schneider

Fankhausers Konkurrent

THALWIL Märk Fankhauser (FDP), Gemeindepräsident von Thalwil, hat Konkurrenz erhalten: Neben ihm kandidiert an den Erneuerungswahlen im April auch der parteilose Adrian Kübler für das Gemeindepräsidium. «Seine Kandidatur hat mich überrascht», sagt Fankhauser. Kübler, der noch kein politisches Amt innehatte, ist bis jetzt öffentlich nicht in Erscheinung getreten. Den Wahlkampf wolle er «in der entscheidenden Phase», im März, lancieren. *ham* **SEITE 3**

Mehr Leute im Bezirk

BEVÖLKERUNG Die Zürcher Bevölkerung wächst – aber langsamer in den letzten Jahren. Das zeigt die neueste Statistik des Kantons Zürich, die Ende 2017 erhoben wurde. Hauptursache für die rückläufige Wachstumsrate ist, dass die Zuwanderung aus dem Ausland etwas nachgelassen hat. Trotzdem sind die Bevölkerungszahlen in allen Zürcher Regionen gewachsen, auch im Bezirk Horgen. Prozentual am stärksten gewachsen ist Rüschlikon. Es gibt aber auch zwei Gemeinden, die weniger Menschen beherbergen. *pkl* **SEITEN 3 + 18**

Olympioniken im Porträt

PYEONGCHANG Die Schweiz stellt an den morgen Freitag beginnenden Olympischen Winterspielen in Südkorea eine Rekorddelegation. 171 Athletinnen und Athleten wurden selektiert. 11 davon kommen aus der Region Zürichsee/Linthgebiet. Es sind 7 Frauen und 4 Männer, 5 Frischlinge und 6, die bereits über Olympiaerfahrung verfügen. *red* **SEITEN 28 + 29**

Knall bei der Zürcher SP

ZÜRICH Nur dreieinhalb Wochen vor den Wahlen verzichtet die Zürcher SP-Stadträtin Claudia Nielsen (Bild) auf eine erneute Kandidatur. Die Gesundheitsvorsteherin verlas gestern an einer Medienkonferenz eine Erklärung. Nielsen erwähnte die harte Kritik, der sie wegen der



finanziellen Probleme der Stadtspitäler und personeller Entschiede ausgesetzt war. Den Ausschlag gegeben hätten Informationen der städtischen Finanzkontrolle. Demnach sei es im Stadtspital Triemli zu «fragwürdigen Verbuchungen und Verwendungen von ärztlichen Honoraren gekommen». Sie habe eine Administrativuntersuchung angeordnet. Die bürgerlichen Parteien bezeichnen Nielsens Rückzug als überfällig. *pag* **SEITE 17**

Neuer Koalitionsvertrag steht

BERLIN CDU, CSU und SPD haben sich gestern auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. SPD-Chef Martin Schulz will Aussenminister werden.

Viereinhalb Monate nach der deutschen Parlamentswahl sind die Weichen für eine neue Grosse Koalition gestellt. Und die SPD steht vor dem nächsten grossen personellen Umbruch. Martin Schulz kündigte gestern seinen

Rücktritt als Parteichef an und schlug Fraktionschefin Andrea Nahles als seine Nachfolgerin vor. Er will Aussenminister unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) werden. Wichtigster SPD-Mann im Kabinett soll dann Hamburgs Regierungschef Olaf Scholz als Finanzminister und Vizekanzler werden. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer soll ein neu geschaffenes Superministerium für Inneres, Heimat und Bau be-

kommen. Das ist das Ergebnis eines dramatischen Finales der 13-tägigen Koalitionsverhandlungen, das am Mittwochmorgen erst nach 24 Stunden endete. «Es hat sich gelohnt», sagte Merkel anschliessend, die nun zum vierten Mal zur Kanzlerin gewählt werden könnte.

Sicher ist aber noch nichts: Die rund 463 000 SPD-Mitglieder haben das letzte Wort über den Koalitionsvertrag. *sd* **SEITE 22**

WETTER

Heute -1°/2°
Bedeckt,
wenig Schnee.

WETTER SEITE 16


Abo-Service: 0848 805 521, abo@zsz.ch

Inserate: 044 515 44 00, inserate@zsz.ch

Redaktion: 044 718 10 20, redaktion.horgen@zsz.ch